

immer noch Schwierigkeiten. Anfang März beispielsweise konfiszierte die indonesische Regierung die Pässe von sechzig Indonesiern, nachdem sie ohne Erlaubnis ihrer Sicherheitsbehörden der VR China einen Besuch abgestattet hatten. Diese Beschlagnahme erfolgte zwei Tage nachdem Qian und Suharto ihre Normalisierungsvereinbarung getroffen hatten! (WPD, 1.3.89)

Auch Singapur will nun in aller Eile Beziehungen mit der VR China aufnehmen. Für den Stadtstaat war ein solcher Schritt nicht eine Frage des Grundsatzes, sondern ein Problem des "Timing", wie Ministerpräsident Lee Kuan Yew in einem Interview mit der *Straits Times* hervorhob (ST, 10.3.89). Singapur hatte seit Jahren erklärt, es werde diplomatische Beziehungen erst - aber dann auch ohne Zögern - aufnehmen, wenn auch Indonesien diesen Schritt unternommen habe. Singapur werde aber auch nach wie vor gute Beziehungen zu Taibei unterhalten; dies erklärte Li anlässlich des Besuchs des Staatspräsidenten Taiwans, Li Deng-hui, im Stadtstaat Anfang März 1989. Die Mission Taiwans in Singapur dürfe sich aber von dem Tag an, da Beziehungen zu Beijing bestünden, nicht mehr Vertretung der "Republik China" nennen (AWSJ, 10. und 11.3.89).

Eine Zeitlang hatte Singapur bereits überlegt, ob es sich nicht bereits an den Nachbarstaat Malaysia anhängen sollte, der im Mai 1974 offizielle Beziehungen zu Beijing aufgenommen hatte, doch entschloß man sich dann noch eher für die Indonesien-Option. Ohnehin spielt die Frage diplomatischer Beziehungen keine substantielle Rolle für die Handelsbeziehungen zwischen Singapur und China: Zwischen 1979 und 1989 vervierfachte sich der beiderseitige Handelsaustausch und erreichte 1989 den Gesamtwert von 2,25 Mrd. US\$, wobei Singapur zu Chinas fünftgrößtem Exportmarkt avancierte. Auch die Qualität der politischen Beziehungen zu Taiwan hat auf die singapurisch-taiwanesischen Handelsbeziehungen keinerlei Einfluß.

Bei der bereits erwähnten Pressekonferenz gab Qian Qichen auf die Frage eines ungarischen Journalisten, ob China hoffe, im asiatisch-pazifischen Raum eine den europäischen Gruppierungen EG und RGW ähnliche Organisation errichten zu können, die Antwort, daß eine solche politische Organisation für den asiatisch-pazifischen Raum ungeeignet sei. Die Unterschiede

zwischen Europa und Asien seien augenfällig. Sowohl in Ost- als auch in Westeuropa befänden sich entwickelte Länder, und zudem existiere eine Konfrontation der zwei Militärblöcke. Bei den Ländern im asiatisch-pazifischen Raum dagegen bestünden allzu große Unterschiede sowohl hinsichtlich des wirtschaftlichen Entwicklungsstands als auch der Gesellschaftsordnungen, der Kultur und der Geschichte. Außerdem bestehe in dieser Region keine Konfrontation von zwei Militärblöcken. Daher sei es nicht angebracht, nach europäischem Modell eine asiatische Organisation zur Wahrung des Friedens in dieser Region zu errichten. -we-

---

## Innenpolitik

---

### \* (6) 256 Todesopfer bei Niederschlagung der Demonstrationen in Tibet

Die Niederschlagung der Demonstrationen in Tibet anlässlich des 30. Jahrestages des tibetischen Volksaufstandes gegen die chinesische Besetzung Anfang März d.J. soll 256 Menschen das Leben gekostet haben. Dies berichtete ein aus Tibet zurückgekehrter Funktionär einem Journalisten der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* in Beijing. Einige Tibeter seien auf grausame Weise zu Tode gekommen, sagte der Kader, der Augenzeuge von Gewalttaten der chinesischen Sicherheitskräfte wurde. Der Funktionär nannte das folgende Beispiel für das brutale Vorgehen chinesischer Soldaten und Offiziere bei den jüngsten Unruhen in Tibet:

Ein junger Tibeter hatte zwei Steine auf Angehörige der Bewaffneten Volkspolizei (BVP) geworfen. Daraufhin fragte ein stellvertretender Zugführer seinen Vorgesetzten, ob zurückgeschlagen werden solle. Weil ein Stein genau sein Bein getroffen hatte, gab der stellvertretende Bataillonskommandeur den Befehl zurückzuschlagen. Daraufhin nahm der stellvertretende Zugführer zusammen mit drei BVP-Soldaten die Verfolgung des jungen Tibeters auf. Der Tibeter flüchtete in ein Haus einer normalen tibetischen Familie. Die vier Bewaffneten Volkspolizisten brachen die Tür auf und eröffneten wahllos das Feuer. Dabei kamen alle sechs Mitglieder der tibeti-

schen Familie zu Tode, das jüngste war elf Jahre alt. Der junge Tibeter hingegen, der die Steine geworfen hatte, konnte zunächst über eine Mauer entkommen. Die vier BVP-Angehörigen setzten die Verfolgung fort und wurden schließlich seiner habhaft, nachdem sie ihm in die Beine geschossen hatten. Einer der BVP-Soldaten schlug mit dem Kolben seines Gewehres mit ganzer Wucht auf den Kopf des an den Beinen schußverletzten Tibeters. Dabei löste sich ein Schuß, der einen hinter dem bewaffneten Volkspolizisten stehenden weiteren BVP-Soldaten in die Magengegend traf. Der getroffene BVP-Soldat starb auf der Stelle. Der stellvertretende Zugführer geriet über den Tod eines seiner Polizisten so in Wut, daß er dem am Boden liegenden Tibeter mit dem Gewehrkolben die Schädeldecke zerschlug, bis daß die Gehirnmasse auslief. Die Mitglieder einer sechsköpfigen tibetischen Familie, die Augenzeugen dieses grausigen Zwischenfalles wurden, riefen deshalb empört: "Mörder, Mörder!" Der stellvertretende Zugführer riß daraufhin seine Maschinenpistole hoch und eröffnete das Feuer auf die tibetische Familie. Alle sechs Mitglieder dieser Familie starben. (Zhengming, Mai 1989, S.24)

Der oben wiedergegebene Bericht eines chinesischen Funktionärs scheint durchaus glaubwürdig. Ausländer, die Anfang März in Lhasa gewesen waren, berichteten ebenfalls von einem brutalen Vorgehen und von exzessivem Schußwaffengebrauch der chinesischen Sicherheitskräfte. Der in der Nacht vom 7. auf den 8. März 1989 über Lhasa verhängte Ausnahmezustand hatte auch im April noch Gültigkeit. Ausländern ist es seit der Verhängung des Ausnahmezustands nicht möglich, sich vor Ort ein Bild über die Situation der Menschenrechte seit der Niederschlagung der tibetischen Demonstration für Unabhängigkeit zu machen. Der oben wiedergegebene Bericht eines chinesischen Augenzeugen über die Gewalttaten chinesischer Sicherheitskräfte in Tibet sollte zu größter Besorgnis Anlaß geben. -sch-

### \* (7) Weiterhin Ausnahmezustand über Lhasa

Auf einer Pressekonferenz am 3. April 1989 für chinesische und ausländische Journalisten, die am Rande der diesjährigen Plenartagung des chinesischen Parlaments stattfand, erklärte Mi-

nisterpräsident Li Peng, daß die Bedingungen in Lhasa für eine Aufhebung des Ausnahmezustandes z.Z. noch nicht gegeben seien. Zwar sei die Ruhe in Lhasa im wesentlichen wiederhergestellt, doch es gebe immer noch viele Unsicherheitsfaktoren. Jene, die die Unabhängigkeit Tibets anstrebten, lauerten immer noch auf passende Gelegenheiten, um erneut Unruhe zu stiften. Völlig unverbindlich blieb Li Peng, als er erklärte: "Wenn die Bedingungen reif sind, werden wir den Ausnahmezustand aufheben." (Beijing TV, 3.4.89, nach SWB, 6.4.89) -sch-

**\*(8)  
Gewaltsames Vorgehen von Sicherheitskräften gegen katholische Untergrundkirche**

Ein Gottesdienst der katholischen Untergrundkirche in dem Dorf Youtong in der Provinz Hebei am 18. April 1989 soll nach Angaben des chinesischen Dienstes der Nachrichtenagentur Union of Catholic Asia News in Hongkong von Sicherheitskräften mit brutaler Gewalt beendet worden sein. 1.500 Gläubige der Untergrundkirche, die nach wie vor die Autorität des Papstes anerkennt und deshalb verboten ist, hatten sich zu einem Gottesdienst unter einem Zelt versammelt, das als Ersatz für eine während der Kulturrevolution zerstörte Kirche diente. Daraufhin rückten Polizeikräfte, wahrscheinlich Einheiten der Bewaffneten Volkspolizei, an und lösten den Gottesdienst mit Gewalt auf. Dabei wurden zwei Personen getötet und 350 verletzt. Für das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte sprechen nicht nur die beiden Toten, sondern auch die Zahl von 88 Schwerverletzten, von denen zwei in Lebensgefahr schwebten. Katholische Quellen in Hongkong bezeichneten den Polizeieinsatz als "barbarisches Blutbad". (Nach AFP in: Le Monde, 10.5.89) -sch-

**\*(9)  
Deng Xiaoping befürwortet Neo-Autoritarismus**

Deng Xiaoping soll sich positiv über die Theorie des Neo-Autoritarismus geäußert haben. Chinas oberster Führer sei der Ansicht, daß die Durchsetzung der Modernisierung in einem Entwicklungsland die Politik des starken Mannes mit Autorität benötige und nicht Demokratie nach westlichem Muster, berichtete die Nachrichten-

agentur *Zhongguo Tongxun She* am 7. April 1979 aus Hongkong (nach SWB, 11.4.89). Nach Angaben der Agentur hatte ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang am 6. März dem alternativen Führer von der Theorie des Neo-Autoritarismus berichtet, die seit Anfang d.J. in intellektuellen Zirkeln kontrovers diskutiert wird. Zhao erläuterte Deng die Theorie des Neo-Autoritarismus dahingehend, daß in einer bestimmten Phase des Modernisierungsprozesses in einem Entwicklungsland die treibende Kraft von einem starken Mann mit Autorität ausgehen müsse und daß westliche Demokratie nicht übernommen werden dürfe. Daraufhin soll Deng Xiaoping erklärt haben: das ist auch meine Meinung. Deng habe sich allerdings kritisch über den Begriff Neo-Autoritarismus geäußert und eine Abänderung empfohlen.

Die Befürworter des Neo-Autoritarismus führen als Beweis für die Richtigkeit ihrer Theorie vor allem die "Vier kleinen Tiger" Asiens an: In Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur sei der Modernisierungsprozeß von starker politischer Hand realisiert worden und gerade nicht unter demokratischen Bedingungen. Die Theorie des Neo-Autoritarismus kommt offenkundig den konservativen Reformern und orthodoxen Kräften als ideologische Legitimierung für ihre Position zugute, die die wirtschaftliche Liberalisierung befürwortet, jedoch die politische Liberalisierung ablehnt. Insofern ist es denkbar, daß die Theorie des Neo-Autoritarismus von einem eher konservativen Thinktank für die politischen Kräfte um Li Peng, Yao Yilin und auch Deng Xiaoping ausgebrütet worden ist. -sch-

**\*(10)  
Li Peng über Demokratie**

Auf einer Pressekonferenz am Rande der 2. Tagung des VII. NVK am 3. April 1989 zeigte sich Ministerpräsident Li Peng gegenüber Fragen nach einer Demokratisierung sehr reserviert. Bereits die Eingangsfrage, gestellt von einem Journalisten der chinesischen Tageszeitung *China Daily*, galt diesem Thema: Der Journalist sprach von "schweren Fehlern bei den politischen Entscheidungen der Regierung" im letzten Jahr und bezog sich auf die Ansicht "vieler Abgeordneter", daß ein Hauptgrund für diese Fehler in dem Mangel an demokratischer Entscheidungsfindung sowohl beim Zentralko-

mitee als auch beim Staatsrat liege. Er stellte deshalb an Li Peng die Frage, welche Maßnahmen die Regierung ergreifen werde, um eine demokratische Entscheidungsfindung in Zukunft zu garantieren und auf diese Weise weitere schwere Fehler zu vermeiden. Li Peng antwortete darauf lediglich, daß "in den vergangenen zehn Jahren große Fortschritte bei der Demokratisierung und wissenschaftlichen Begründung der politischen Entscheidungsfindung gemacht worden sind ... Natürlich gibt es noch Platz für Verbesserungen und in Zukunft werden wir versuchen, unsere Arbeit in dieser Hinsicht zu verbessern und zu verstärken". (Beijing TV, 3.4.89, nach SWB, 6.4.89; im Wortlaut z.T. abweichende Fassung in BRu, 16/1989, S.14 ff.)

Auf eine Frage eines Hongkonger Journalisten bezüglich des Verhältnisses zwischen Stabilität und Einheit auf der einen Seite und Demokratie und politische Reform auf der anderen Seite erklärte Li Peng, daß er Demokratie für eine gute Sache hielte, allerdings müsse der Aufbau der Demokratie den Verhältnissen eines jeden Landes entsprechen. Chinas Ziel sei es, die Demokratie zu entwickeln, und wenn diese Sache richtig gehandhabt würde, könne die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigt und die gesellschaftliche Stabilität verbessert werden. Wenn jedoch die Demokratisierung nicht richtig gehandhabt würde - "wenn wir z.B. dieses Thema zu schnell angehen oder wenn wir es übertreiben" - wird sich dies negativ auf Stabilität und Einheit auswirken, und wenn die Stabilität unterminiert wird, dann können Aufbau und Reformen nicht reibungslos fortgesetzt werden.

Die Notwendigkeit nach einer stabilen Lage wurde von Li Peng auch bei der Beantwortung einer Frage nach der Situation der Menschenrechte in China betont. Die Frage, wie seine Regierung auf den Appell von fast 100 führenden chinesischen Intellektuellen reagieren werde, den Oppositionellen Wei Jingsheng vorzeitig aus der Haft zu entlassen, und ob sich seine Regierung Gedanken darüber mache, daß sie die Unterstützung von Chinas Intellektuellen verlieren könne, beantwortete Li Peng überhaupt nicht.

Auf die Frage, ob China eine politische Reform ähnlich wie die in der Sowjetunion plane, antwortete Li Peng ablehnend: China wolle natürlich seine politische Struktur reformieren, doch

dies müsse in Abstimmung mit der Reform der Wirtschaft vor sich gehen. Die Sowjetunion habe ihre besonderen Verhältnisse, und das gleiche gelte auch für China, so daß China die politischen Reformen der Sowjetunion nicht einfach kopieren könne. Jedes Land solle seine Politik entsprechend seinen konkreten Verhältnissen bestimmen. -sch-

\*(11)

#### Tod von Hu Yaobang mobilisiert Studenten

Am 15. April 1989 verstarb der frühere ZK-Generalsekretär Hu Yaobang an den Folgen eines Herzinfarkts, den er am 8. April während der 17. Plenarsitzung des Politbüros erlitten hatte. Hu Yaobang war am 16. Januar 1987 u.a. wegen seiner relativ liberalen Position in der Diskussion über politische Reformen im Frühjahr und Sommer 1986 und wegen seiner verständnisvollen Haltung gegenüber den Studentendemonstrationen Ende 1986 gestürzt worden. Hu hatte sich in den Jahren nach Maos Tod vor allem für eine Entdogmatisierung des Maoismus und des Marxismus in China eingesetzt. Seine Kritik an der Korruption vieler Führungskader und an der Überalterung der politischen Führungsspitze und seine Forderungen nach einem wirklichen Rücktritt der alten Garde der Parteiveteranen schafften ihm viele Feinde. Hu galt als offen und freimütig, ehrlich, bescheiden und doch mutig, und er wurde deshalb offenbar von einem großen Teil der Bevölkerung als eine der wenigen rühmlichen Ausnahmen innerhalb der Führungsspitze angesehen.

Der Tod Hu Yaobangs führte vor allem in Beijing zu spontanen Trauerbekundungen vor allem unter der Studentenschaft, für die Hu nach seinem Sturz so etwas wie ein tragischer Held wurde. Um das Denkmal für die Volkshelden auf dem Platz vor dem Tor des Himmlischen Friedens türmten sich Kränze, und Erinnerungen wurden wach an die spontanen Trauerkundgebungen für Zhou Enlai am 5. April 1976, die letztlich zu einem Volksprotest gegen die maoistische Willkürherrschaft gerieten.

Namhafte Intellektuelle wiesen darauf hin, daß Hu Yaobang die Intellektuellen respektiert und vor Verfolgung geschützt habe, soweit er konnte. Hu habe sich immer dagegen ausgesprochen,

zu den alten Unterdrückungsmethoden gegenüber den Intellektuellen zu greifen.

Der Tod Hus wurde von vielen Studenten und Intellektuellen auch zum Anlaß genommen, um ihre Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Partei- und Staatsführung auszudrücken. Die Studenten nahmen vor allem die konservativen Reformkräfte um Li Peng aufs Korn, die zwar eine wirtschaftliche Liberalisierung befürworten, eine politische Liberalisierung hingegen ablehnen. Auf zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen wurde nicht nur eine vollständige politische Rehabilitation von Hu Yaobang gefordert, sondern auch ein entschlossener Kampf gegen die Korruption und mehr demokratische Rechte und Freiheiten. Die Proteste der Studenten setzten sich bis weit in den Mai fort und gerieten durch die Solidarisierung breiter Teile der städtischen Bevölkerung zu einem friedlichen Volksaufstand gegen die Herrschaft der konservativen und orthodoxen Kräfte innerhalb der Staats- und Parteiführung.

Die große offizielle Trauerfeier für Hu Yaobang fand am 22. April 1989 in der Großen Halle des Volkes statt. An der Feier nahmen 4.000 Funktionäre teil, während draußen auf dem Platz des Himmlischen Friedens weit über 100.000 Demonstranten dem Verstorbenen gedachten. Weder in ihrem Nachruf noch in der von Zhao Ziyang gehaltenen Trauerrede hatte sich die Parteiführung zu dem Großmut entschließen können, auf die Umstände des Rücktritts von Hu im Januar 1987 einzugehen und Hu auch in diesem Zusammenhang positiv zu bewerten. Bezeichnenderweise hielt Deng Xiaoping weder die Trauerrede noch präsiidierte er über die Trauerfeier. Diese beiden Aufgaben nahmen ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang und Staatspräsident Yang Shangkun wahr.

Nach der Trauerfeier, die von den 4.000 Kadern nur über den Osteingang erreicht werden konnte, da der Haupteingang von Demonstranten friedlich belagert war, wurden die sterblichen Überreste von Hu Yaobang ins Krematorium auf dem Babaoshan-Friedhof überführt. Den 15 km langen Weg, auf dem die sterbliche Hülle von Hu vom Platz des Himmlischen Friedens zur Einäscherung gefahren wurde, säumten über eine Million Menschen. Viele von ihnen trugen zum Zeichen ihrer Trauer weiße Blumen und

schwarze Armbinden. Die Urne mit der Asche Hu Yaobangs soll in einem Wald in der Provinz Jiangxi beigesetzt werden, der in den frühen 50er Jahren von Angehörigen des Kommunistischen Jugendverbands auf Initiative von Hu Yaobang angelegt worden war. -sch-

\*(12)

#### Offizielle Darstellung der Haftbedingungen von Wei Jingsheng

Nach den massiven Forderungen im In- und Ausland, den demokratischen Oppositionellen Wei Jingsheng freizulassen, wurden mehrere offizielle Stellungnahmen zum Fall Wei abgegeben (siehe auch C.a., März 1989, Ü 10). Am 19. März 1989 veröffentlichte die Hongkonger KPCh-Tageszeitung *Da Gong Bao* den Bericht eines "Sonderkorrespondenten" namens Fang Xing, in dem dieser versuchte, das Strafmaß gegen Wei Jingsheng und seine fortgesetzte Inhaftierung zu rechtfertigen.

Fang Xing trat in seinem Bericht auch Informationen entgegen, nach denen die Haftbedingungen und der Gesundheitszustand von Wei Jingsheng sehr schlecht sein sollen. Fang Xing gab die Auskünfte eines Führungskaders des Verwaltungsbüros für Umerziehung des Justizministeriums wider, nach der Wei Jingsheng seit 1984 in einem Gefängnis im Nordwesten Chinas lebt (wahrscheinlich das Zuchthaus und Arbeitslager von Xining in der Provinz Qinghai). Damit widersprach er Meldungen, nach denen Wei Jingsheng 1987 zurück nach Beijing verlegt wurde.

Nach Auskunft des Kaders des Verwaltungsbüros für Umerziehung soll Wei Jingsheng anfangs unter Höhenkrankheit gelitten haben, und die Verwaltung des Gefängnisses habe ihm eine "humane Behandlung" gewährt. Zu Weis Gesundheitszustand erklärte der namentlich nicht genannte Funktionär: "Abgesehen von Zahnschmerzen erfreut er sich seit 1988 bester Gesundheit." Gerüchte, nach denen Wei Jingsheng in der Haft mißhandelt worden sei, seien "albernes Geschwätz".

Wei habe im übrigen ein Schlafzimmer und ein Wohnzimmer mit Ofen. Das Gefängnis verfüge über ein komplett eingerichtetes Krankenhaus und über eine umfangreiche Bibliothek. Wei mache davon Gebrauch und lese oft Romane. Im übrigen werde Wei jedes

Jahr von seiner jüngeren Schwester besucht. Wei dürfe auch Briefkontakte mit seinen Verwandten unterhalten.

Der Funktionär des Verwaltungsbüros für Umerziehung gab damit eine Schilderung der Haftbedingungen und des Gesundheitszustands von Wei Jingsheng, die den bisherigen Angaben aus Kreisen der demokratischen Bewegung diametral widerspricht.

Der Funktionär des Justizministeriums erklärte auch, daß sich Wei Jingsheng auch zehn Jahre nach seiner Inhaftierung der "Umerziehung vom Bösen zum Guten" widersetzt habe und "keine Spur von Reue" zeige. Da sich Wei "in der Strafzeit verbesserungsunwillig" gezeigt habe, deutete der Funktionär an, daß mit einer Begnadigung von Wei Jingsheng nicht zu rechnen ist. (Zitate nach BRu, 2.5.89) -sch-

\*(13)

## 2. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses

Die diesjährige Plenartagung des chinesischen Parlaments, die 2. Tagung des VII. NVK fand vom 20. März bis 4. April 1989 in Beijing statt. An der Tagung nahmen zwischen 2.700 und 2.800 der insgesamt 2.965 NVK-Abgeordneten teil, darunter auch der frühere ZK-Generalsekretär Hu Yaobang, dessen Anwesenheit auf der Tagung von der *Volkszeitung* in Wort und Bild besonders herausgestellt wurde. Mit einer Ausnahme wurden die zur Abstimmung gestellten Berichte und Gesetze bei nur wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen. Die Ausnahme bildete der Beschluß über den Antrag des Staatsrats, das Stadtparlament, dessen Ständigen Ausschuß und die Stadtregierung von Shenzhen zu ermächtigen, gesetzliche Bestimmungen und Verordnungen für die Wirtschaftszone Shenzhen zu erlassen. Von den 2.688 NVK-Abgeordneten stimmten 1.609 dafür, 247 dagegen und 805 enthielten sich der Stimme - ein Novum in der Geschichte des Nationalen Volkskongresses.

An der Tagung nahm Deng Xiaoping überraschenderweise nicht teil. Deng scheint seine Teilnahme erst im letzten Moment abgesagt zu haben, denn das staatliche Fernsehen hatte anfänglich noch gemeldet, Deng habe an der Eröffnungssitzung teilgenommen. Ein Sprecher des NVK mußte den Fernsehbericht später dementieren (Reuter, 21.3.89).

Zwei Tage nach seinem Fernbleiben von der Eröffnungssitzung der diesjährigen Plenartagung des nationalen Parlaments erläuterte Deng Xiaoping bei einem Zusammentreffen mit dem ugandischen Staatspräsidenten Museveni seine Gründe hierfür: Er habe darum gebeten, der Veranstaltung fernbleiben zu dürfen, weil er sich seine Gesundheit konservieren wolle. Noch wichtiger sei, daß "ich mich selbst vollständig [sic!] von der Bühne zurückziehe und anderen die Arbeit überlasse, denn das ist seit vielen Jahren mein Ziel". Auf dem XIII. Parteitag (Oktober 1987) sei eine neue Führungsmannschaft gewählt worden, und "wir alten Leute haben uns aus dem Politbüro und dessen Ständigen Ausschuß zurückgezogen". Es sei nicht gut, wenn die neuen Führer mit dem Gefühl arbeiten müßten, daß es über ihnen noch einen Machtzirkel gebe. "Hierüber müssen wir alten Leute uns bewußt sein", meinte Deng. (RMRB, 24.3.89)

Auf der Tagesordnung der 2. Tagung des VII. NVK standen folgende Hauptpunkte:

- Bericht über die Arbeit der Regierung, der von Ministerpräsident Li Peng vorgetragen wurde (Text in: RMRB, 6.4.89; deutsche Übersetzung in: BRu, 15/1989; siehe auch C.a., März 1989, Ü 12 und 22). An dem Bericht wurden nach den Beratungen 120 Änderungen vorgenommen, bevor er mit 2.682 gegen 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen verabschiedet wurde.

- Plan für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im Jahre 1989, der vom stellvertretenden Ministerpräsidenten und Planungschef Yao Yilin vorgelegt wurde (Text in: RMRB, 7.4.89; deutsche Übersetzung in: BRu, 18/1989; siehe auch C.a., März 1989, Ü 21). Der Plan wurde mit 2.678 gegen 1 Stimme bei 9 Enthaltungen angenommen.

- Bericht über den Staatshaushalt 1988 und über das Haushaltsbudget für 1989, der von Finanzminister Wang Bingqian vorgetragen wurde (Text in: RMRB, 7.4.89; deutsche Übersetzung in: BRu, 18/1989; siehe auch C.a., März 1989, Ü 25).

- Arbeitsbericht des Ständigen Ausschusses des NVK, der vom Generalsekretär des Ständigen Ausschusses, Peng Chong, vorgetragen wurde (Text in: RMRB, 8.4.89) und der mit 12 Gegenstimmen und 109 Enthaltungen auf relativ große Vorbehalte der Abgeordneten stieß.

- Arbeitsbericht des Obersten Volksgerichtshofs (Text in: RMRB, 9.4.89).

- Arbeitsbericht der Obersten Staatsanwaltschaft (Text in: RMRB, 9.4.89).

- Verabschiedung der Verwaltungsprozeßordnung (Text und Erläuterungen in: RMRB, 10.4.89).

- Verabschiedung der Geschäftsordnung des Nationalen Volkskongresses (Text und Erläuterungen in: RMRB, 10.4.89).

- Beschluß über den Antrag des Staatsrats, das Stadtparlament, dessen Ständigen Ausschuß und die Stadtregierung von Shenzhen zu ermächtigen, gesetzliche Bestimmungen und Verordnungen für die Wirtschaftszone Shenzhen zu erlassen. Da der Volkskongreß von Shenzhen noch gar nicht existiert, wurde der Ständige NVK-Ausschuß ermächtigt, nach Etablierung des Volkskongresses von Shenzhen einen dem Antrag des Staatsrats entsprechenden Beschluß zu fassen. Relativ viele NVK-Abgeordnete waren in dieser Frage der Ansicht, daß der NVK die gesetzgebende Gewalt nicht an die unteren Ebenen delegieren dürfe, da dies zu Verwirrungen im Gesetzgebungssystem führen würde. So stimmten von den auf der Abschlusssitzung anwesenden 2.688 NVK-Abgeordneten nur 1.609 dafür, 247 dagegen und 805 enthielten sich der Stimme - eine kleine Sensation.

Wie üblich fand parallel zu der Tagung des Nationalen Volkskongresses die entsprechende Tagung des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKCV) statt. Diesmal war es die 2. Tagung des VII. Nationalen PKCV-Komitees. -sch-

\*(14)

## 17. Plenarsitzung des Politbüros diskutierte Fragen des Erziehungswesens

Das Politbüro des XIII. ZK der KPCh kam am 8. April 1989 zu seiner 17. Plenarsitzung zusammen. Das Politbüro, das mit Ausnahme von zwei Mitgliedern vollständig versammelt war, diskutierte den Entwurf eines "Beschlusses des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über einige Fragen der Entwicklung und der Reform des Erziehungswesens". Nach Angaben der Nachrichtenagentur Xinhua ist dieser Beschluß bereits seit ei-

nem Jahr in Arbeit. Im April letzten Jahres hatte sich das Politbüro auf seiner 7. und 8. Plenarsitzung u.a. mit Fragen des Erziehungswesens befaßt und beschlossen, daß der Staatsrat eine Führungsgruppe einsetzen solle, die die wichtigsten Probleme bei der Entwicklung und Reform des Erziehungswesens untersuchen und hierzu Vorschläge unterbreiten solle. Der jetzt im Entwurf vorliegende Beschluß des Zentralkomitees zum Erziehungswesen stellt ein Produkt der gemeinsamen Bemühungen des Politbüros und des Staatsrats dar und berücksichtigt eine Reihe von Vorschlägen von Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses, der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes sowie von Mitgliedern der demokratischen Parteien und verschiedener gesellschaftlicher Organisationen.

Das Politbüro beschloß, daß zu dem vorliegenden Entwurf des ZK-Beschlusses über das Erziehungswesen sowohl innerhalb als auch außerhalb der KPCh in noch größerem Rahmen als bisher Meinungen gesammelt werden sollen und daß "zu angemessener Zeit" die 4. Plenartagung des XIII. ZK einberufen werden solle, um den Entwurf entgeltlich zu beraten und zu verabschieden. (RMRB, 9.4.89)

Die 17. Plenarsitzung des Politbüros entbehrte nicht der Tragik, da der im Januar 1987 gestürzte ZK-Generalsekretär Hu Yaobang während der Sitzung eine schwere Herzattacke erlitt, von der er sich nicht mehr erholen konnte und an deren Folgen er dann am 15. April 1989 verstarb. -sch-

\*(15)

#### Flugzeugentführung nach Taiwan gescheitert

Der Versuch eines 25jährigen Arbeiters, am 24. April 1989 eine Maschine vom chinesischen Typ YUN-7 auf dem Flug von Ningbo nach Xiamen zu entführen und in Taiwan landen zu lassen, scheiterte. Der Entführer namens Liang Aozhen hatte dem Piloten für den Fall seiner Weigerung, nach Taiwan zu fliegen, angedroht, das von ihm mitgeführte Dynamit in die Luft zu sprengen. Dem mutigen Piloten gelang es, den Entführer hinters Licht zu führen und nach einigen Runden über Fuzhou auf dem dortigen Flugplatz zu landen. Nachdem der Entführer entdeckt hatte, daß er nicht in Taiwan gelandet war, sprengte er sich selbst in

die Luft. Dabei wurden zwei Passagiere verwundet, von denen einer ein Bein verlor. (Zhongguo Xinwen She, Peking, 25.4.89, nach SWB, 28.4.89; Xinhua, chin. 26.4.89, nach SWB, 29.4.89) -sch-

\*(16)

#### 420 Mio. Personalausweise

Mitte März 1989 waren 420 Mio. Chinesen Besitzer von Personalausweisen. Bis zum 15. September 1989 sollen alle über 16 Jahre alten chinesischen Bürger Personalausweise erhalten haben, d.h. knapp die Hälfte der jetzt 1,1 Mrd. Menschen zählenden Chinesen. (XNA, 3.4.89)

Die Einführung von Personalausweisen war im Mai 1984 vom Staatsrat beschlossen worden. Jeder chinesische Bürger ist gehalten, den Personalausweis bei sich zu tragen, um sich gegebenenfalls auszuweisen. Die Vorlage des Personalausweises ist zwingend notwendig für den Empfang von postalischen Geldüberweisungen und eingeschriebenen Postsendungen, für den Kauf von Flugtickets, für den Antrag auf Geschäftslizenz und -last but not least - für die Registrierung der Heirat. Der Personalausweis hat heute in China das früher übliche "Empfehlungsschreiben" (jieshao xin) der eigenen Einheit abgelöst. Damit verbunden sind also ein Mehr an persönlichem Freiraum und weniger Kontrollmöglichkeiten durch die eigene Einheit. -sch-

\*(17)

#### Beidaihe-Arbeitsurlaub und Luxusautos gestrichen

Die zentrale Partei- und Staatsführung wird in diesem Sommer nicht in den Kader-Urlaubsort Beidaihe umziehen, um dort die schon traditionellen intralitären Konferenzen abzuhalten. Dies gab Ministerpräsident Li Peng am 6. April 1989 bei einem Treffen mit Führern verschiedener Provinzen bekannt. Gleichzeitig erklärte Li Peng, daß der Import von Luxuswagen verboten worden sei. (Zhongguo Tongxun She, Hongkong, 11.4.89, nach SWB, 14.4.89)

Ein Grund für diese Entscheidung dürfte die große Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der Verschwendung von Steuergeldern durch die Führungskader sein. Hinzu kommt, daß

durch die angekündigten Maßnahmen erhebliche Geldbeträge - darunter auch Devisen - eingespart werden könnten. Schießlich könnte - sollten die angekündigten Maßnahmen auch tatsächlich ausgeführt werden - die Arbeit der Regierungsbehörden verbessert werden, da bisher im Juli und August die Arbeit in manchen Behörden durch den Arbeitsurlaub in Beidaihe praktisch zum Stillstand gekommen war. Führungskader in verschiedenen Provinzen und Städten hatten diese Gepflogenheiten übernommen und so das Beidaihe-Syndrom auf den unteren Ebenen verbreitet. -sch-

\*(18)

#### Mao-Mumie in gutem Zustand

Die mumifizierten sterblichen Überreste des am 9. September 1976 verstorbenen früheren KPCh-Vorsitzenden Mao Zedong sind in einem guten Zustand. Dies berichtete am 8. April 1989 die englisch-sprachige Zeitung *China Daily*. Nach Angaben der Leiterin des Verwaltungsbüros der Gedächtnishalle für Mao Zedong, Frau Xu Jing, wird die Mao-Mumie regelmäßig vermessen und gewogen. Hierbei seien keine Veränderungen festgestellt worden. Frau Xu widersprach damit Gerüchten, daß die Mao-Mumie zunehmend schrumpfe. Frau Xu widersprach auch dem Gerücht, daß die Regierung jedes Jahr Hunderte von Millionen Yuan für die Pflege der Mao-Mumie aufwende. Seit 1983 unterhalte sich das Mao-Mausoleum selbst durch den Verkauf von Fotos und Souvenirs sowie durch verschiedene Dienstleistungen für Besucher.

Der Bericht scheint eine indirekte abschlägige Antwort auf Forderungen innerhalb der Bevölkerung darzustellen, die Mao-Mumie einzuäschern und das Mao-Mausoleum einem sinnvolleren Zweck zuzuführen. -sch-

---

## Kultur

---

\*(19)

#### Zhao Ziyang zur Entwicklung und Reform des Erziehungswesens

Am 17. April 1989 stellte das ZK der KPCh in der Großen Halle des Volkes seinen "Beschuß zu einigen Fragen der Entwicklung und Reform des Erziehungswesens (Entwurf)" vor 160